Elias Dogas

ÜBER DIE SITUATION IN GRIECHENLAND

HAMBURG
Nov. 1967

Diese Broschüre wurde aus den Vorarbeiten zu einem Buch über das gleiche Thema zusammengestellt.

Für die zur Herstellung der Broschüre benötigten Mittel wird ein Unkostenbeitrag von DM 1,- erbeten.

Herausgeber:
Griechisches Komitee für den Kampf gegen die Diktatur in Griechenland
2 Hamburg 1 Danziger Straße 76,
bei der "Neuen Griechischen Gemeinde"

Druck: Alsterdruck, Hamburg 71

ÜBER DIE SITUATION IN GRIECHENLAND

A. Kurze Analyse der ökonomischen Entwicklung

MONOKULTUR und ABHÄNGIGKEIT sind die Hauptcharakteristika, die die griechische Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg kennzeichnen. Monokulturell orientiert ist sie insofern, als sie auf der Produktion einer bestimmten Anzahl von landwirtschaftlichen Erzeugnissen basiert (Tabak, Oliven, Wein). Der Anteil dieser Erzeugnisse am Export beträgt ca. 80 %, die höchste Quote in Europa. (1) (Zwar sind die Importe von Produktionsgütern in absoluten Zahlen in den letzten Jahren gestiegen; sie haben jedoch die Struktur der Exporte nicht verändert.) Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung (über 48 %) übersteigt bei weitem den Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Bruttosozialprodukt (28 %). (2)

Daraus kann man auf : 1. Unterbeschäftigung der Landarbeiter, 2. wertmäßig niedriges Niveau der Produktivität und 3. einen niedrigen Grad der Mechanisierung in der Landwirtschaft schließen.
Sonst ist die griechische Wirtschaft charakterisiert:

1. durch eine strukturelle Stagnation (die Frage des Wachstums "ist das wichtigste von allen Problemen, denen Griechenland konfrontiert ist". (3) Die Folge der für ein unterentwickeltes Land verhältnismäßig geringen Wachstumsraten ist eine chronische Arbeitslosigkeit (die Zahl der griechischen Arbeiter in westeuropäischen Ländern und Australien wird auf über 800.000 geschätzt.)
2. durch das niedrige Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte,
3. durch einen niedrigen Grad der Kapitalakkumulation des einheimischen Industriekapitals,
4. durch einen relativ niedrigen Grad der wirtschaftlichen Konzentration der einheimischen Industrie.

Die Einseitigkeit der Exportstruktur bedingt eine starke Abhängigkeit des Landes von den Abnehmerländern (hauptsächlich USA und EWG-Länder).

Die starke Krisenanfälligkeit der landwirtschaftlichen Produktion (infolge klimatischer Veränderungen, Überproduktionskrisen, nicht zuletzt ruinösen Wettbewerbsbedingungen (4), begünstigt diese Tendenz der fortschreitenden Abhängigkeit. Das gleiche gilt für den Export von Erzen (Bauxit, Chrom, Nickel). Sie werden im Ausland verarbeitet. Griechenland importiert die Fertigprodukte.

Der hohe Grad der Kapitalakkumulation und der wirtschaftlichen Konzentration von ausländischen (USA- und EWG-) MONOPOLUNTERNEHMEN verstärkt diese Abhängigkeitstendenzen, weil

1. die einheimischen Unternehmen nicht imstande sind, bei der Mechanisierung und Rationalisierung mit den ausländischen monopolkapitalistischen

---

1) vgl. Revue International du Socialisme, Rom 11-12/1965, S. 682
2) ebenda, S. 682
3) "Ikonomikos Tachidromos", 1.7.1965, S. 3, griechische Wirtschaftszeitung (konservativ), Athen
4) Aufgrund der durch Subventionen manipulierten Agrarpreise im EWG-Raum

Unternehmen Schritt zu halten. (Investitionen in der erdölverarbeitenden Industrie wurden in den letzten Jahren in der Höhe von mehr als 70 % der Investitionssumme vom monopolkapitalistischen Unternehmen Esso vorgenommen),

2. die einheimischen Unternehmen dem verstärkten Wettbewerb mit den ausländischen Trusts und Konzernen nicht standhalten können.

3. Andererseits wird der Einbruch des einheimischen Unternehmens in die monopolistische Sphäre umso schwieriger sein als ein monopolistisches Unternehmen sich durch stabile Existenzbedingungen auszeichnet.

(Einige Zahlen: Bei den 187 führenden Industriebetrieben sind 90 oligopolistischer und 27 monopolistischer Natur. (1) Und: "In zwölf Hauptindustriezweigen herrschen ein bis vier Unternehmen". (2) Die bereits existierenden griechischen Großunternehmen arrangieren sich auf verschiedene Art mit diesen marktbeherrschenden Unternehmen:

1. Entweder finanzieren sie gemeinsam Projekte, z. B. Produktions- und -verarbeitungsstätten

2. oder produziert das griechische Unternehmen mittels Finanzkrediten von ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen

3. oder finanziert und produziert das griechische Unternehmen im Auftrag von USA- und EWG-Gesellschaften.

In vielen Fällen steht am Anfang der Investierung keineswegs immer ein echter Devisenzuwachs für das Land. Die Primärinvestitionen bestehen oft nur aus Patenten und Lizenzen, die der Kapitalgeber vorstreckt, während das Betriebskapital in Griechenland selbst aufgebracht wird.

In allen Fällen ist eine Identität der Interessen der wenigen griechischen Großunternehmen mit jenen der USA und EWG-monopolkapitalistischen Unternehmen festzustellen. Eine dünne Schicht von Einheimischen (aus der Großindustrie und der Großborgeoisie) vertritt objektiv die Interessen der USA und EWG-monopolkapitalistischen Unternehmen und fungiert als Anwalt und Lobbyist des Einflusses derselben auf die Wirtschaftspolitik und (im allgemeinen) auf die Politik in Griechenland.

Das geschieht, zum großen Teil, mit Hilfe des Staates. DIE ROLLE DES DES STAATES besteht darin, zwischen den Monopolunternehmen (die als Abnehmer oder Anbieter von Produkten oder Dienstleistungen auftreten) und den griechischen Großunternehmen zu vermitteln. Denn obwohl die griechische Wirtschaft unterentwickelt ist, ist der staatliche Monopolkapitalismus in einem Grad entwickelt, wie es nur in einigen industriell und wirtschaftlich fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Fall ist.
Der Staat verfügt über : (3)
a) 26 % des gesamten Industriekapitals
b) 44 % des Anleihkapitals in der Industrie

---

1) vgl. A. Strogili: "Die Thesen von Herrn A. Papandreou", in "Avgi" (griechische Tageszeitung, linksgerichtet, von den Militärdiktatoren als verboten erklärt), 15.2.1967, S. 1
2) A. Papandreou, zit. in "Avgi", 15.2.1967, S. 1
3) Samara, G.: "Die Gründe des Vorstoßes des staatlichen Monopolkapitalismus in Griechenland", in "Eliniki Aristera" (politische Monatszeitschrift der linksgerichteten EDA-Partei, Nr. 30, S. 107

Der Umfang des Staatshaushaltes wird auf ca. 30 % (1) des Bruttosozialproduktes geschätzt (der Staatshaushalt der BRD: ca. 14 % des Bruttosozialproduktes).

Da die griechischen monopolkapitalistischen Unternehmen und der Staat zu einem einheitlichen Mechanismus zusammenwachsen ("zumal sich der öffentliche Sektor immer mehr in den Wirtschaftsablauf, z. B. bei Infrastrukturvorhaben oder durch die Errichtung staatlicher und halbstaatlicher Gesellschaften, einschaltet") (2) erklärt diese Art der Verflechtung der Interessen die Wirtschaftstätigkeit des griechischen Staates zugunsten ausländischer monopolkapitalistischer Unternehmen. Was einer der prominentesten Monopolherren in Athen, Großreeder und Direktor von drei Banken, in einer von der EWG geförderten Zeitschrift schrieb, ist bezeichnend für diese Verflechtung der Interessen: "Die private Initiative, auch die der Ausländer, wird in Griechenland sehr gefördert. Das Gesetz schützt ausländische Investitionen und garantiert Zinsendienst und spätere Kapitalrückführung. Auch werden Steuervorteile gewährt" (3)

Daß die Tätigkeit des Staates wirtschaftspolitischer und (also) politischer Natur ist, zeigt am deutlichsten EIN BEISPIEL (unter vielen ähnlichen Fällen).

Es gibt einen Vertrag ("P. L. 480") (4) zwischen der griechischen und der USA-Regierung, aufgrund dessen die griechische Regierung Agrarüberschüsse aus den USA auf Kredit importiert. Nach dem Vertrag muß 25 % des Wertes der Importe vorausbezahlt werden. Die Vorteile:
a) Rückzahlungstermin: 20 Jahre
b) Zins: 3 %.
Gegenüber diesen Vorteilen der Kreditgewährung sind die Nachteile, die im Vertrag der griechischen Regierung auferlegt sind, schwerwiegend:

1. Das Land verpflichtet sich, keine Agrarerzeugnisse zu exportieren, welche ähnlich (oder: gleicher Art) den USA-Überschüssen sind. Wenn die griechische Regierung diese Bedingung umgeht, ist sie verpflichtet, einen Betrag in der Höhe des aus dem Export eingenommenen Erlöses an die USA zu zahlen, d.h. den Kredit der USA-Überschüsse in der Höhe des Exporterlöses aus ähnlichen griechischen Agrarerzeugnissen einzulösen.

   Diese Bedingung zielte eindeutig darauf, den für Griechenland unter günstigen Bedingungen gerade anlaufenden Handel und die Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern zu verhindern und ist Teil der Bestrebungen der imperialistischen US-Politik, "die Handelsbeziehungen der unterentwickelten Länder den politischen Überlegungen des kalten Krieges unterzuordnen." (5)

---

1) Bruttosozialprodukt, 1966: 141, 1 Mrd. Drachmen; Staatshaushalt: ca. 41 Mrd. Dr. (vgl. "Neue Zürcher Zeitung", 29.4.1967, Blatt 10)
2) Andreadis, S.G.: Griechenland im Rahmen der europäischen Wirtschaft, in "Europa Brücke", Nr. 6, Juni 1962, S. 10, Ffm.
3) ebenda, S. 10
4) vgl. "USA-Überschüsse und der Export griechischer Weizen", in "Nea Ikonomia" (monatlich erscheinend; liberale Wirtschaftszeitschrift), Athen, 10/1965, S. 831
5) Lange, Oskar: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Europa-Verlg., Wien-Zürich, 1964, S. 78

2. Eine zweite Bedingung ist, daß das Land sich aufgrund der Vertragsbestimmungen verpflichtet, neben den Importen, die mit Hilfe des Kredites realisiert werden, eine bestimmte Quote ähnlicher Erzeugnisse auf dem USA-Markt zu kaufen.

3. Die USA-Regierung hat das ausschließliche Recht, den Termin der Importe bzw. Exporte zu bestimmen. "Zufällig" fallen die Importe (nach Griechenland) mit den Perioden, in welchen Preissteigerungen stattfinden, zusammen. So ist das Land gezwungen, zu Preisen zu kaufen, welche bedeutend höher liegen als die Preise, welche sich in anderen Perioden im Welthandel bilden.

4. Das wichtigste: Das Land braucht diese Produkte nicht. So wurde z.B. vereinbart, daß im Jahr 1965-1966 USA-Überschüsse (Agrarüberschüsse im Wert von 13,8 Mill. Dollar eingeführt werden. (1) Von diesen 13,8 Mill. Dollar entfallen 3 Mill. Dollar auf den Import von 40.000 Tonnen USA-Weizen. Das Land selbst verfügt jedoch über beträchtliche Mengen an Weizen-Überschüssen, so daß sogar Exporte in Frage kommen.

Eine nähere Untersuchung ergab, daß der Import von USA-Agrarüberschüssen dem Land keine nennenswerten Vorteile bringt, weil die Deviseneinnahmen aus dem Export von griechischem Weizen bei weitem die geringen Vorteile der Kreditgewährung in der Form von Agrarüberschüssen übertrifft.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß die griechische Wirtschaft in die Kategorie der "in Halseisen befindlichen Volkswirtschaften" (2) gehört und daß sie nicht das Stadium eines isolierten Monopolkapitalismus durchläuft, sondern daß sie eine Ökonomie peripherer Bedeutung im System des Imperialismus darstellt. Ihre Unterentwicklung (war und) ist bedingt durch die imperialistische und neoimperialistische Politik.

Die USA-GELDER, die in den Jahren 1947-1963 nach Griechenland flossen, hatten nur die Funktion, die Wirtschaft unter Kontrolle zu bringen. Sie waren aufgeteilt in: (3)

	Mio. Dollar
A. Wirtschaftshilfe	1808,3
B. Kredite	269,3
C. Sonstige Wirtschaftshilfe	127,1
D. Militärische "Hilfe"	1653,7
insgesamt	3858,4

1) "Nea Ikonomia", Athen, 10/1965, S. 832
2) Von Ch. Bettelheim geprägter Ausdruck
3) vgl. "Nea Ikonomia", Athen, Juni 1964, S. 557

Mit Hilfe der "Kredite" und der "sonstigen Wirtschaftshilfe" finanzierten die USA, zum größten Teil, den Export ihrer Agrarüberschüsse. Zugleich haben sie das Land am Karren des US-Imperialismus gebunden (in der EWG-Sprache ausgedrückt: "der amerikanische Einfluß in Athen ist auf Grund der materiallen Hilfe in der Tat erheblich"). (1)

Die Militärhilfe (in Rüstungsmaterial) stellt den "dynamischen" Aspekt des amerikanischen Einflusses in Griechenland bloß. Über die "Wirtschaftshilfe" (2) in Höhe von 1808, 3 Mio. Dollar ist nur soviel bekannt; sowie sie nicht direkt in von US-Firmen übernommenen Betrieben investiert wurde, verschwand sie in den Kassen der 20 oder 30 größten griechischen Unternehmen als staatliche Kredite oder in die Taschen der korrupten Politiker der faschistoiden Parteien ("Elinikos Sinagermos" - später: "Nationalradikale Union", "Fortschrittspartei").

H E U T E liegt das Pro-Kopf-Einkommen bei ca. 16.000 Dr. im Jahr (ca. 2.150.- DM oder 540 US-Dollar). "Daraus ist der noch recht niedrige Lebensstandard ersichtlich; er tritt noch markanter hervor, wenn man bedenkt, daß das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land erheblich ist und das Einkommen einer beträchtlichen Zahl von Menschen unter diesem Durchschnittssatz liegt. (3)

Es ist tatsächlich absurd, aus der Zahl (540 US-Dollar) ausgehend eine Aussage über den Lebensstandard des Stadt- und Agrar-Proletariats machen zu wollen, denn:

1. "ist das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land erheblich" und

2. hat das Einkommen der Großbourgeoisie (deren Anteil an der Gesamtbevölkerung auf höchsten 1 % geschätzt wird) einen hohen Anteil am Bruttosozialprodukt. Etwa 0,5 % der Gesamtbevölkerung verfügen über ca. 7 % des Nationaleinkommens. (4) Das ist besonders schwerwiegend. Denn: es gibt Landstriche in Griechenland, wo "der Bauer jährlich nicht mehr als DM 240.- (60 US-Dollar) verdient". (5)

B. Die Regierung Papandreou

Man kann feststellen, daß die Regierung Papandreou, die das Land (nach der achtjährigen Herrschaft der rechtsradikalen-faschistischen ERE-Partei, der Nationalradikalen Union) vom 16. Februar 1964 bis zum 15. Juli 1965 regiert hat, soziale Reformen angestrebt hat. Die realen Voraussetzungen

---

1) "Europa Brücke", Juni 1962, S. 19 (Zeitschrift eines EWG-Arbeitskreises)
2) Wo die Investitionen privaten Kapitals ökonomisch oder politisch "gefährdet" sind, übernimmt grundsätzlich der Staat(im Fall Griechenlands: die USA) die Rolle des Investitors, er wird zum Träger des Kapitalexports. Langfristiges Ziel die Herbeiführung von günstigen Bedingungen zur Investition privatmonopolistischen Kapitals.
3) "Die Entwicklungstendenzen der griechischen Wirtschaft", in "Neue Zürcher Zeitung" (schweizerische Tageszeitung; liberal) 29.4.67, Bl. 10
4) vgl. "Nach offiziellen statistischen Daten" in "Athinaiki", (griech. Tageszeitung; linksliberal), Athen, 15.12.1964, S. 3
5) "Christ und Welt" (deutsche konservative Wochenzeitung, Nr. 20, 15.5.1964, S. 7, "BRD -Griechenlands stille Revolution-"

zur erfolgreichen Durchführung von sozialen Reformen waren nicht gegeben. Die Zentrumsunion, die Regierungspartei, war in der Zusammensetzung ihrer Abgeordneten inhomogen - der starke konservative Flügel unter Repräsentanten der Finanzoligarchie versuchte, die von der Regierung eingeleitete Wirtschaftspolitik (an deren Formulierung der progressive bürgerliche Ökonom A. Papandreou maßgeblich beteiligt war, zu sabotiere

Die parlamentarische Basis der Regierung war zwar breit (im Parlament wurden die sozialreformerischen Intentionen der Regierung von den Abgeordneten der linksgerichteten EDA-Vereinigte Demokratische Linke unterstützt); sie hat jedoch diese Basis politisch wenig effektiv wahrgenommen und war bereit, u.a. weil sie objektiv die Interessen des Bürgertums vertrat, im Hinblick auf die Realisierung von sozialen Reformen mit der reaktionären Oligarchie Kompromisse zu schließen.

Man kann trotzdem annehmen, daß sich die Regierungspartei bemühen würde, allein der Festigung ihrer parlamentarischen Macht wegen, ihre Wahlversprechungen in Richtung sozialer Reformen, wenn auch in kleinem Maße, zu verwirklichen.

Dies wäre umso wahrscheinlicher, als diese Maßnahmen
1. nur ein Minimum an sozialpolitischen Entscheidungen zur Hebung des Lebensstandards in einem unterentwickelten Land darstellten und
2. sie objektiv auch im Interesse der Großbourgeoisie gewesen wären - in dem Sinne, daß sie die Herrschaftsverhältnisse konsolidieren könnten.

Die versprochenen sozialen Reformen umfaßten:
1. Reformen im Erziehungs- bzw. Bildungswesen
2. Einführung einer Altersrentenversicherung für die Agrarbevölkerung (staatlich;, Versicherungspflicht)
3. Verbesserung der sozialen Leistungen für die Arbeiter
4. Verbesserung der arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeiter

Von allen diesen sozialen Reformen wurde nur die des Erziehungs- und Bildungswesens teilweise erfolgreich durchgeführt.

In der Wirtschaftspolitik verfocht die Regierungspartei deutlich eine Politik der raschen Kapitalakkumulation und der Industriealisierung, ohne den Ausbau der Infrastruktur (1) zu vernachlässigen. Besonders die - wenn auch dilletantisch vorgenommene und unzulängliche - Unterstützung der Agrarbevölkerung sollte als Stimulans zur Steigerung der industriellen Produktion (mittels Steigerung der Kaufkraft der Massen) führen. Die reaktionären Kreise der Oligarchie, in ihren Privilegien bedrängt, witterten

1) Die frühere Regierung der rechtsextremistischen ERE-Partei hat das Gewicht auf den Ausbau der Infrastruktur gelegt. Darin offenbart sich die direkte Abhängigkeit der damaligen Regierung vom USA- und EWG-Imperialismus. (Investitionen werden seitens der monopolkapitalistischen Unternehmen in den unterentwickelten Ländern "zum Aufbau der ökonomischen Infrastruktur, beispielsweise des Verkehrswesens, der Häfen und anderer Anlagen getätigt, die man zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit den unterentwickelten Ländern benötigt." (vgl. Lange, O., a.a.O., S. 65)

Gefahr: an das griechische Volk appellierend, sprachen sie von mangelndem Interesse der Regierung an sozialen Reformen. Zur gleichen Zeit behaupteten die führenden Politiker von rechts im Parlament und in Interviews mit ausländischen Zeitungen, daß die hemmungslose Ausgabenwirtschaft das Land ruiniert hätte. Die Repräsentanten der Rechtsparteien erklärten öffentlich, das Ausland schrecke vor Investitionen in Griechenland zurück, weil die politische Lage unstabil sei und weil es Nationalisierungen befürchte. Zugleich appellierten sie an das Ausland, "die Regierung Papandreou nicht durch Investitionen (wenn auch indirekt) zu unterstützen." (1)

Wie sah es mit den Investitionen aus?
"Die öffentliche und die private Investitionstätigkeit haben nach einer Stagnation in den Jahren 1960 bis 1963 wieder einer deutlichen Dynamik Platz gemacht. Die Entwicklung verlief ab 1962, unterteilt nach öffentlichen und privaten Kapitalanlagen, wie folgt:

	Öffentliche Investitionen	Private Investitionen (in Mrd. Dr.)	Insgesamt
1962	8,98	16,89	25,87
1963	8,08	17,18	25,26
1964	9,03	23,99	33,02
1965	10,37	29,98	40,35
1966	12,10	33,75	45,85

Die Gesamtinvestitionen haben sich demnach innerhalb von fünf Jahren um 76 % erhöht. Zu diesem Anstieg trug die private Investitionstätigkeit, die sich in dieser Zeit verdoppelte, in entscheidender Weise bei. In den letzten Jahren machten die öffentlichen Investitionen nur noch wenig mehr als einen Drittel der privaten Kapitalanlagen aus." (2)

Ein Vergleich der öffentlichen und privaten Investitionen in den Jahren 1962 - 1966 zeigt deutlich ein absolutes und relatives Ansteigen der privaten Investitionen in den Jahren 1964 und 1965. Da private Investitionen in nennenswertem Maße von ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen vorgenommen werden, muß man annehmen, daß den letzten eine liberale Regierung, welche soziale Reformen plante, um die Kaufkraft eines größeren Teils der Bevölkerung zu erhöhen, durchaus annehmbar war. Schließlich stieg die Beteiligung des Auslandskapitals an den Industrie- (samt Bergwerksindustrie-) Investitionen von 36 % im Jahre 1963 bis auf 67 % im Jahre 1965. (3+4)

Innenpolitisch müßte eine Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung auch der heimischen Industrie zugutekommen. Der Ministerpräsident der bürgerlich-demokratischen Regierung hat dies auf unmißverständlicher Weise

1) "Kathimerini", griechische Tageszeitung (rechtsgerichtet bis faschistoid), Athen, 5.8.1964, S. 1
2) "Neue Zürcher Zeitung", a.a.O., Blatt 10
3) A. Strogili, a.a.O., S. 1
4) woraus auch ersichtlich ist, daß die bürgerlich-demokratische Regierung Papandreou den Interessen der ausländischen Monopolen durchaus positiv gegenüberstand.

ausgesprochen. Vor dem jährlichen Kongress der griechischen Industrie- und Handelskammer erklärte er im Winter 1964:

"Wenn die Kaufkraft der Agrarbevölkerung niedrig ist, wo werdet Ihr, sehr geehrten Herren Industrielle und Kaufleute, Eure Kunden finden? Wenn wir der Agrarbevölkerung mehr geben, so geben wir der Agrarbevölkerung mehr, damit die Industriellen,dies erhalten." (1)

Warum wurde die Regierung Papandreou gestürzt?

Die Politik der Regierung Papandreou war soviel und sowenig widerspruchsvoll und, in der Verfolgung ihrer Ziele, soviel und sowenig inkonsequent, wie es die Politik einer bürgerlich-demokratischen Regierung sein kann, die zudem unter dem Druck einer Militärjunta steht; diese hat nämlich anderthalb Dezenium lang die Politik mitbestimmt (zugleich stellte das Militär die Garantie für eine starke Einflußnahme des Königs auf die Innen- und Außenpolitik dar).

Die Regierung Papandreou leitete ein:

1. die innere Befriedigung - 20 Jahre nach dem Bürgerkrieg in Griechenland wurde versucht, die autoritäre Basis der rechtsextremistischen Regierungen, den - sei es auch nur auf psychologischen Druck sich stützenden - Einfluß des Militärs abzubauen.

   Gleichwohl ließ sich die Regierung Papandreou ("Wir wählen nicht unter Tyrannen - wir lehnen die Tyrannei ab") zu einem Gesetz (2) inspirieren, nach den Bestimmungen dessen jeder Schüler, der Mitglied der pazifistischen Jugendorganisation Labraki (3) war, aus der Schule entlassen werden konnte. Es genügte, daß ein Schüler an einer Musik-Veranstaltung der Labrakis-Jugendorganisation teilnahm, um von der Schule abgewiesen zu werden.

   Die elementaren Versuche der Regierung zur "inneren Befriedigung" haben die reaktionäre Bourgeoisie, das Militär und den König auf den Plan gerufen: diejenigen Kräfte also, deren Einfluß auf die Politik auf einen hysterischen Antikommunismus fußte, welcher in der Regierungszeit Papandreou zu einem Teil abgebaut wurde.
   Schon zwei Monate nach dem Regierungswechsel, im April 1964, standen in allen rechtsgerichteten Zeitungen ausführliche Berichte über die "sich nähernde Kommunistische Gefahr".
   Wie sah diese "Gefahr" aus?
   Nach der Einleitung formaldemokratischen Methoden im Staats- und Verwaltungsapparat (was zum Abbau des politisch-psychologischen

---

1) zit. in "Athinaiki" (griech. Zeitung; bürgerl. -linksliberal), Athen, 15.12.1964, S. 3
2) "Gesetz Nr. 1010"
3) " (Abkürzung von "Dimkratiki Neolea Labraki" - "Demokratische Jugend Labraki), genannt nach dem unabhängigen, im Parlament mit der linksgerichteten EDA-Partei zusammenarbeitenden, Abgeordneten Labrakis: Organisator des Atomwaffengegnermarsches in Griechenland, wurde am 23.5.63 in Thessaloniki von zwei Rechtsextremisten, im Auftrag des amerik. Geheimdienstes CIA und der Regierung Karamanlis, ermordet.

Druckes beigetragen hat) ist es in Griechenland, nach 8 Jahren faschistoiden Schreckensherrschaft, zu einem Linksruck im öffentlichen Bewußtsein gekommen. In den Kommunalwahlen 1964 wählten die Athener einen EDA-Abgeordneten (1) als Oberbürgermeister. Mehr als 32 % der Wähler stimmten für ihn. Die Kandidaten der Regierungspartei erhielten, jeder, ca. 31 %. Unter normalen Bedingungen hätte der Kandidat der linksgerichteten EDA-Partei den Oberbürgermeisterposten besetzen oder hätten Neuwahlen stattfinden müssen. Die Kandidaten der rechtsradikalen ERE-Partei und der Regierungspartei einigten sich auf einen "Kompromiß". Der ERE-Kandidat wurde Oberbürgermeister. Konservative Beobachter fürchteten, der Linksruck hätte "beunruhigende Aspekte",gaben aber zu, (von ihrem Standpunkt aus die linksgerichtete EDA als Kommunistische Partei apostrophierend) daß "Niemand glaube, daß die Kommunisten (EDA) eine Chance haben, an die Macht zu kommen". (2)

So war die "kommunistische Gefahr" die letzte Waffe der reaktionären Kreise in Griechenland und im Ausland gegen eine bürgerlich-demokratische Regierung in Athen, die Reformen zur Sicherung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten einleiten wollte.

2. Die Normalisierung und der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern

Wirtschaftsabkommen mit sozialistischen Ländern zu für Griechenland günstigen Bedingungen (Garantien für die Abnahme festgesetzter Mengen griechischer Agrar- und Industrieerzeugnisse; Kredite zu niedrigen Zinssätzen; Lieferungen von kompletten Fabrikations- und Verarbeitungsstätten) wurden geschlossen, der Handel intensiviert - was auch aus geoökonomischen Gründen besonders sinnvoll ist. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern stellte in Aussicht, dem Land eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den monopolkapitalistischen US- und EWG-Unternehmen zu verschaffen. Die imperialistische Finanzoligarchie, deren Aufmerksamkeit auf jedes Land gerichtet ist (möge das selbst von noch so peripherer Bedeutung sein), bemerkte dieses Faktum und verstärkte ihre Bemühungen in Richtung ökonomischer Majorisierung und Usurpation. (3) Dies umso intensiver, als am Anfang des Jahres 1965 zum ersten Mal die Frage nach der Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit monopolistischer Mammutunternehmen in Griechenland auch in den der Regierung nahestehenden Blättern ernsthaft diskutiert wurde.

Eine Regelung der Kontrolle über die Wirtschaftstätigkeit ausländischer

---

1) N. Kitsikis, Professor (fr. Rektor) an der Technischen Hochschule Ath...
2) GGS. in "Christ und Welt", a.a.O.
3) Die Interessen der USA- und EWG-Konzerne bestehen darin, die Marktanteile und damit ihre Profite zu sichern. (Die Einkommen von USA-Industrieunternehmen beliefen sich im Jahre 1959 auf 63 % des USA-Industrienettoeinkommens und mehr als die Hälfte - 54,6 % - ihrer Profite kam von Operationen außerhalb der USA. - vgl. Paul M. Sweezy, Leo Hubermann: "The Theory of US-Foreign Polisy", Monthly Review Press, New York, 1960, S. 16

Monopole durch Gesetze - mögen diese noch so unzulänglich gewesen sein - würde die Gefahren, die von der ökonomischen und politischen Macht dieser Unternehmen für das Land erwachsen, nicht nur dem Proletariat, sondern auch dem liberalen und nationalen Bürgertum bewußt machen. Diese Wirkung, die sich als Resultat der Institutionalisierung der Kontrolle mittels Gesetze im Bewußtsein der demokratisch Gesinnten manifestiert, ist vielleicht das Wichtigste, was der Gesetzgebung gegen die Tätigkeit ausländischer Monopole herausspringen kann. Die Vorstellungen, die von dem Ökonomen A. Papandreou formuliert und publiziert wurden, zielten zwar auf eine Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit ausländischer Monopole in der Wirtschaft, schloß jedoch ausdrücklich die Aufhebung der Verfügung über die Ausbeutung der Ressourcen aus. Die EDA-Partei hat in einer fundierten Kritik an den Thesen von Papandreou die grundsätzlichen Einwände gegen die Durchführbarkeit von wirksamer Kontrolle über die monopolkapitalistischen Unternehmen dargelegt. Dies waren:

1. Wirksame Kontrolle kann nur durch Gesetze ausgeübt werden. Die monopolkapitalistischen Unternehmen sind jedoch in der Lage, diese Gesetze durch juristische Manipulationen und Finanz-Techniken, nicht zuletzt durch Lobbyismus, zu umgehen. Selbst in den USA, wo es ziemlich stark verankerte gesetzliche Absicherungen durch Anti-Trust-Gesetze gibt, ist es leicht möglich, die letzteren zu umgehen. Kartellbildung, Preisabsprachen und Lobbyismus können umso leichter in einem kleinen unterentwickelten Land praktiziert werden, als die Wirtschaftsgiganten in diesen Ländern, in welchen es nur wenig entwickelte Industrien gibt, den Markt beherrschen. Dazu kommt die Korruption der Staatsbürokratie, die solche Praktiken erleichtert und begünstigt.

2. Über den wirtschaftlichen Einfluß hinaus sind die monopolkapitalistischen Unternehmen, die die wirtschaftliche Entwicklung oder Unterentwicklung bestimmen, in der Lage, auch die Politik des Landes zu bestimmen. Nur die Aufhebung des Einflusses der ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen auf die Wirtschaft und die Politik des Landes durch die Nationalisierung ihrer Anlagen würde die wirtschaftliche Entwicklung garantieren. (1)

3. Eine Politik der Wahrung der nationalen Interessen

Im Zypernkonflikt mußte die Regierung Papandreou einem enormen politischen Druck seitens der US-Regierung standhalten. Wegen der heterogenen Zusammensetzung der Regierungspartei im Herbst 1964 hätte die Regierung zu dieser Zeit dem Druck nicht standhalten können, wenn nicht die zyperische Regierung sich souverän von den amerikanischen Plänen zur Lösung des Konfliktes distanziert hätte, welche weder dem türkischen noch dem griechischen Volk (entsprechend: weder dem türkischen noch dem griechischen Anteil der Bevölkerung auf Zypern) genützt, sondern eher Verwirrung zum Nutzen des Yankee-Imperialismus gestiftet hätten.

Obwohl die Regierung Nato-"loyal" war, versuchte sie nach außen hin eine gewisse Distanzierung gegenüber der amerikanischen Vorherrschaft durchzusetzen ("Zwischen dem Sohn (2) des Ministerpräsidenten und einem amerikanischen Diplomaten kam es unlängst zu heftigen Wortwechseln, die da-

1) Papandreou sprach von "balanciertem Einfluß" der ausländischen Konzerne
2) gemeint ist Prof. A. Papandrou, Koordinationsminister im Kabinett Papandreou

mit endeten, daß Papandreou junior dem Amerikaner die Tür wies"). (1)

Diese Distanz war jedoch eher als eine Taktik gedacht, um Strömungen innerhalb der Regierungspartei und des griechischen Volkes zu stören und zu täuschen, die, beunruhigt von der Intervention der USA in Vietnam, eine Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Nato-Mitgliedschaft forderten.

Die Diskussion über dieses Thema hat die Militärkaste umso ungerner vernommen (da sie sowohl organisch wie auch personell von der US-Militärmaschinerie gelenkt wird), (2) als die Regierung Papandreou.

4. Die Demokratisierung der Armee anstrebte.

Die höheren Ränge im Militär waren schon ohnehin mit rechtsradikalen Militärs besetzt, welche bei Wahlen Wahlfälschungen zugunsten der rechtsradikalen ERE-Partei vorgenommen haben. (3)

Die Regierung Papandreou erkannte zwar (wenn auch nicht in ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen) die Gefahr, die aus der starken Stellung des Militärs (4) für die Durchführung von Reformen in Richtung Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens erwuchs.

Sie hat einige hohe Posten umbesetzt. Andererseits hat sich mehrmals dem Druck des Militärs und des militärfreundlichen Hofes nachgegeben, bis sie am 15. 7. 1965 gestürzt wurde.

Daß die Regierung eher das Spiel um die Macht mit den reaktionären Kräften zu spielen bereit war, (5) als sich an die Massen zu wenden, zeugt von dem bürgerlich-konservativen Charakter der Regierung Papandreou, die Politik als autoritären Auftrag, und nicht als die Angelegenheit des Volkes verstanden hat.

---

1) "Christ und Welt", a.a.O.
2) Wie aus dem Aspida-Prozeß - gegen 28 Offiziere - hervorgeht
3) Am eklatantesten während der Wahlen von 1961
4) 20 von 1000 Griechen sind Soldaten (24 Monate). In allen anderen Ländern der NATO: 11 von 1000 (vgl. "Avgi" Strogili, a.a.O.)
5) Formal wurde die Regierung Papandreou nicht gestürzt (etwa durch ein parlamentarisches Mißtrauensvotum); der Regierungschef bot dem König seinen Rücktritt an, als der König der Umbesetzung des Verteidigungsministeriums nicht zugestimmt hat; als Verteidigungsminister fungierte ein Vertrauter des Hofes; der Minister sabotierte nachweislich die Regierungspolitik auf militärischem Sektor. Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten kam die Regierung zu Fall.

   Die Tätigkeit der USA-Militär- und Geheimdienstmaschinerie beschränkt sich nicht nur auf Einmischung in innergriechische Angelegenheiten. Von Griechenland aus wird die Spionage in vielen Ländern im Nahen Osten gelenkt, wobei das griechische Militär die personellen Helfersdienst leistet.

   Ein Fall, der in der internationalen Presse bekannt wurde: Ein Oberst, der griechischen Armee, St. Tsilikeudis, wurde von dem CIA in den griechischen Geheimdienst eingeschleust. Danach wurde er im Auftrage des Chefs des griechischen Geheimdienstes, Nantsina, im Jahre 1959 nach Ägypten geschickt, um ein Spionagenetz für den CIA aufzubauen.

Die geschichtliche Entwicklung hat bewiesen, daß diese Regierung, die, formalpolitisch, jede Möglichkeit hatte, das Land aus dem Elend und dem Terror (1) zu befreien, versagte, weil sie die Interessen der Massen nicht wahrgenommen hat und sich stattdessen mit der reaktionären Bourgeoisie verbündete, um sich allmählich unter ihrem Stiefel zu beugen.

C. Der Militärputsch

Der Militärputsch ist der vorläufige Höhepunkt der Eskalation, die vom Militär, dem König und ihren imperialistischen Drahtziehern vor zwei Jahren (15.7.1965) eingeleitet wurde.

Sowohl damals wie auch heute (eigentlich: wie immer, wenn die reaktionären Kreise direkt durch militärischen Putsch die Politische Macht übernehmen) haben sie behauptet, das Land stehe vor dem wirtschaftlichen Chaos und der Anarchie.

Stand das Land wirklich vor dem wirtschaftlichen Chaos?

In Wahrheit haben sich die privaten Investitionen im Jahre 1965, also nach dem Sturz der Regierung Papandreou, verringert. Im Jahre 1966 hat sich der Trend in Richtung Verminderung der privaten Investitionen verstärkt. (2) "1966 ließ die private Investitionstätigkeit - besonders diejenige der Industrie - erheblich nach; und nach offiziellen Schätzungen ist auch für 1967 nur mit einem Anstieg von 1 % zu rechnen." (3)

---

1) Hinter der Regierung standen mindestens 53 % der Wähler. Bei Bestrebungen zur Durchführung von sozialen Reformen und Demokratisierung konnte die Regierung mit der Unterstützung der EDA (13 %) rechnen.
2) Zürcher Zeitung, "Entwicklungstendenzen ..." a.a.O.
3) Neue Zürcher Zeitung, a.a.O.

Fortsetzung der Fußnote von voriger Seite:

Das Spionagenetz, welches teils aus in Ägypten lebenden Griechen bestand, flog auf. Siebenundzwanzig Griechen kamen vor das Militärgericht in Kairo. Einige wurden zum Tode, der Rest zu Gefängnisstrafe verurteilt.

Dieser Fall ist insofern typisch für die Einflußnahme der amerikanischen Militär- und Geheimdienstmaschinerie auf andere Länder, als die USA auch führende Verbündete der NATO durch ihren Geheimdienst kontrollieren und indirekt lenken.

In diesem Sinne muß die von Erfolg gekrönte Forderung der französischen Regierung nach Einschränkung des USA-Botschaftspersonals in Paris verstanden werden. (Denn nachweislich ist mindestens jeder zweite Angehörige des State Departments ein verpflichteter Verbindungsmann des CIA).

Vergleicht man die Steigerungsraten der privaten Investitionen, so kann man eindeutig nachweisen, daß dieser rezessive Zug in der griechischen Wirtschaft erst nach dem Sturz der Regierung Papandreou einsetzte. "Die wechselvollen (1) innenpolitischen Verhältnisse haben der griechischen Industrie seit 1965 zu einer gewissen Zurückhaltung Anlaß gegeben." (2)

Die fünf vom König eingesetzten Regierungen, die der Regierung Papandreou folgten, haben die Investitionen im öffentlichen Sektor stark gesteigert, um die negativen Auswirkungen des Nachlassens der privaten Investitionstätigkeit zu verschleiern, welche eine Folge des politischen Coup war.

(Unter den negativen Auswirkungen des Nachlassens der privaten Investitionstätigkeit mußte besonders der starke Preisauftrieb die Arbeiter, die Bauern und das Kleinbürgertum hart treffen).

So stiegen die öffentlichen Investitionen von 1965 bis 1966 um 20 % - mittlere Steigerungsrate in den Jahren 1963 bis 1965: ca. 10 %. Damit kehrten die vom König eingesetzten Regierungen zur Wirtschaftspolitik der faschistoiden ERE-Partei zurück (geringes Wachstum, einseitige und unproportionierte Förderung der Infrastruktur-Politik). Korruption und Nepotismus (die die griechische Verwaltung und Wirtschaft während der Regierungszeit der faschistoiden ERE-Partei besonders stark strapaziert haben) bekamen von neuem Auftrieb.

Eine Delegation des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) berichtete aus Athen: "Die Politik von Papandreou, dem man Kommunistenfreundlichkeit nachsagte, obwohl er tatsächlich eine konservative Politik mit liberalen und sozialdemokratischen Zügen verfolgt hatte, erfuhr unter der Regierung Stephanopoulos (3) eine Kursänderung, die vor allem von der ERE beeinflußt war. Besonders deutlich wurde dies auf dem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens." (4)

Auch stand das Land nicht vor der Anarchie, sondern der Vorwand wurde benutzt, um "die Gestaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wieder stärker unter Grundsätze" zu stellen. "Wie die zu Zeiten der Regierung Karamanlis" gegolten haben. Wenn man auch nicht direkt sagen kann, daß Griechenland zu einem Polizeistaat geworden ist, so deuten doch einige Erscheinungen darauf hin, daß zumindest Ansätze in dieser Richtung vorhanden sind." (5)

Der Militärputsch wurde also allmählich und von langer Hand vorbereitet.

Wie reagierten die demokratischen Parteien auf die Eskalation, die zum Militärputsch vom 21.4.1967 führte?

1) Vom 15.7.1965 - 21.4.1967 wurden die Regierungen: Athanassiadis-Novas, Tsirimokos, Stephanopoulos, Paraskevopoulos und Kanellepaulos ein- und abgesetzt.
2) "Neue Zürcher Zeitung", a.a.O.
3) Die dritte unter den eingesetzten Regierungen
4) Lindemann, Thomas: "Bericht über die Teilnahme zweier VDS-Beobachter am Prozeß gegen die Führer des griechischen Studentenverbandes EFEE in Athen vom 17. - 23.3.1966", Bochum, den 25.4.1944. S. 1
5) S. 1 ebenda.

Während die linksgerichtete EDA (Vereinigte Demokratische Linke) versuchte, die Massen durch verstärkte Aufklärungskampagne und Massendemonstrationen zu mobilisieren (was ihr auch zum größten Teil gelang) und der Zentrumsunion ein gemeinsames offensives Vorgehen (u.a. mit Hilfe von Streiks, Arbeitsniederlegungen, Arbeitskämpfen) mehrmals vorgeschlagen hat, hat die Zentrumsunion und ihr Parteiführer Papandreou einem antifaschistischen Widerstand den "Zwei-Fronten-Krieg" vorgezogen. Erst anderthalb Jahre, nachdem er abgesetzt wurde, d.h. Ende 1966 Anfang 1967, und nachdem sich der König, im Gespräch mit dem Stellvertretenden Chefredakteur der "New York Times" Sulzberger, für eine Militärdiktatur in Griechenland ausgesprochen hatte, sprach Papandreou von Widerstand, für den Fall, daß der König mit Hilfe des Militärs versuchen würde, n a c h den, für den 28. Mai angesetzten Wahlen eine durch diese Wahlen bestimmte Regierung zu verhindern.

Bevor es zu den für den 28. Mai angesetzten Wahlen kam, holten Offiziere der griechischen Armee, im Auftrage der USA-Regierung und des Königs einen

NATO-PLAN aus dem Panzerschrank, den
PLAN PROMETHEUS .

Für jedes NATO-Land gibt es Pläne, in welchen detailliert die Intervention des Militärs für den Fall des "Notstandes" geregelt ist. Die Putschisten in Griechenland brauchten nur die auf den unbestimmten Zeitpunkt "X" geplanten Daten zu ändern.

Nur so konnte geschehen, daß in 2 1/2 Stunden der Staatsstreich gelingen konnte.

Im Plan war vorgesehen: a) die Besetzung der Parteibüros, b) die Verhaftung aller politischen Exponenten, c) die Verschickung der politischen Exponenten in Konzentrationslager. Alles wurde durchgeführt. (Ein ähnlicher Plan für einen Staatsstreich in Italien wurde nach den Ereignissen in Griechenland in der gut informierten Zeitschrift "Espresso" veröffentlicht. Nach diesem Plan - "E.S." - würde der, vor kurzem abgesetzte, damalige Leiter des Geheimdienstes und Generalstabschef der italienischen Armee, mit Hilfe des Militärs im Namen und mit Billigung des Staatspräsidenten Segni den Staatsstreich durchführen, falls es nicht zu einer Regierungskoalition der Christdemokraten mit den Nenni-Sozialisten kommen würde. (1)

Warum wurde die Gorilla-Diktatur eingeführt?

Am 28. Mai 1967 sollten Wahlen stattfinden. Im griechischen Volk wurde die Frage nach der Überprüfung der NATO-Mitgliedschaft intensiv diskutiert. Die Parteien mußten Stellung nehmen. Von den demokratischen Parteien hat nur die EDA die Aufhebung der Herrschaft der monopolkapitalistischen Unternehmen gefordert. Andreas Papandreou, der profilierteste

---

1) "Drohte auch Italien ein "Athen"? in "Frankfurter Rundschau" (deutsche Tageszeitung; sozialdemokratischer Präfung, links-liberal), Frankfurt a.M., 12.5.1967.

Politiker der Zentrumsunion, und andere bürgerlich-demokratische Politiker forderten eine "Einschränkung" der wirtschaftlichen Macht der ausländischen monopolkapitalistischen Unternehmen durch Kontrolle ihrer Investitionstätigkeit.

In einem Bericht über das Treffen der Verteidigungsminister der NATO in Paris (1) heißt es: "Auch waren der NATO über diplomatische Kanäle Nachrichten zugespielt worden, wonach ein Verbleiben Griechenlands in der Integration (nach den Wahlen, d. V.) nur mit finanzieller Unterstützung möglich sein werde. Ein Aufrollen der griechischen Angelegenheit im NATO-Rat hätte darum eine delikate Lage herbeigeführt." (2)

Die NATO-Führungsmacht USA hatte also jedes Interesse daran, eine Debatte zu verhindern.

Außerdem hat die Identität der Interessen der USA und des Hofes die Durchführung des Putsches und die Einplanung von Täuschungsmanövern hinsichtlich der Rolle des Königs begünstigt ("Andreas Papandreou hat die Hofkreise in den letzten Wochen in seinen immer radikaler werdenden Ansprachen nur noch als "Junta" bezeichnet. Er hat den Staatsstreich der Armee mehr als einmal prophezeit, denn er war überzeugt, die Rechtskreise würden es nicht zu den Wahlen kommen lassen, bei denen nach Lage der Dinge ein Sieg der Papandreous und ihrer Zentrumsunion mehr als wahrscheinlich war." (3)

Hat das Militär die Diktatur eingeführt oder war es bloß das ausführende Organ des Staatsstreichs?

Schon im Herbst 1966 hat sich der König in einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Chefredakteur der "New York Times", Sulzberger, für eine Militärdiktatur ausgesprochen.

Drei Tage vor dem Putsch berichtete die "New York Times" über Gerüchte von einem zu erwartenden Staatsstreich und riet dem König ab, sich daran zu beteiligen. Kann man annehmen, daß der "New York Times" Kommentar durch keinerlei Nachrichten inspiriert wurde? Und, wer könnte schon Nachrichten solcher Art der "New York Times" zuspielen?

Die Rolle der CIA

Im Frühjahr 1965 fand in Washington eine Konferenz hoher Beamten des States Department statt, auf welcher beschlossen wurde, die subversive Tätigkeit der US-Geheimdienste in den unterentwickelten Ländern zu intensivieren. (4)

Während der Regierungszeit der ERE-Partei wurden die Telefone des Außenministers Averhoff und des Ministerpräsidenten Karamanlis abge-

1) Das Treffen hat 2 Wochen nach dem Putsch stattgefunden
2) "Der NATO-Rat vermeidet Debatten über Griechenland" in "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (deutsche Tageszeitung; rechtsgerichtet bis faschistoid), Frankfurt a. M., 8.5.1967, S. 3
3) "Militär übernahm Macht in Griechenland", in "Hamburger Abendblatt" (bundesrepublikanische Abendzeitung; konservatives Boulevardblatt), Hamburg, 21.4.1967, S. 2
4) vgl. Wall Street Journal, 16.5.1965, S. 1

hört. Die Regierung Papandreou hat Personalumstruktuierungen im Geheimdienst vorgenommen. Während der Regierungszeit Papandreous wurden die Telefone des Ministerpräsidenten Papandreou, des Chefs des griechischen Geheimdienstes (KYP), Agerou, und des Vizechefs des Geheimdienstes Papaterpou, (1) durch einen Geheimdienst im Geheimdienst abgehört.

Im "Aspida-Prozeß" gegen 28 hohe Offiziere des Geheimdienstes und der Armee (die Offiziere wurden beschuldigt, einer Organisation "Aspida" anzugehören, die den Austritt aus der NATO und den Sturz des Königs zum Ziel hatte, (in Wirklichkeit handelte es sich um eine Organisation, die als demokratisches Gegengewicht zu den starken rechtsradikalen Strömungen in der Armee gedacht war) wurde der technische Direktor des griechischen Fernmeldeamtes ("OTE") vom Präsidenten des Militärgerichtes gefragt, ob es Möglichkeiten gäbe, der fernmeldetechnischen Beschattung zu entgehen. Er antwortete: "Es gibt nur einen Weg Keine Telefongespräche zu führen."

Nachdem der amerikanische Nobel-Friedenspreisträger Linus Pauling den amerikanischen (USA-) Geheimdienst CIA (Central Intelligence Agency) beschuldigt hatte, an der Ermordung des griechischen Abgeordneten Labrakis maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, hat die "Kominission für nationale Sicherheit" im US-Kongreß den früheren US-Botschafter in Athen, Briggs, vorgeladen. Seine Aussage:
"Bei meinem letzten Botschafterposten (in Athen, d. V.) habe ich festgestellt, daß das Pentagon mit mehr als 70 Offizieren und Zivilbeamten vertreten war." (2)

Beim technisch perfekt ausgeklügelten Netz der Geheimdienste, bei der technischen Vollkommenheit der Abhörgeräte, ist es kaum anzunehmen, daß die Informationen der "New York Times" aus anderen Quellen als aus jenen des State Department stammten.

C. L. Sulzberger, dessen Familie die "New York Times" besitzt und bedeutende Interessen in Griechenland vertritt, schrieb zwei Tage nach dem Umsturz: "Die Vereinigten Staaten nehmen besonderes Interesse an Griechenland und sind eine Verpflichtung eingegangen, die sogar über die engeren Bindungen des NATO-Bündnisses hinausgeht. Die Truman-Doktrin der amerikanischen Intervention gegen den Kommunismus wurde zuerst in Griechenland angewandt. Dort wurden amerikanische Militärkräfte, wenn auch in kleinerem Umfange, unter General James von Fleet eingesetzt, um einer Armee in einer anderen Hemisphäre zu helfen. Indem wir erklärten, wir würden den Kommunismus nicht gestatten, die griechische Form der Demokratie anzugreifen, haben wir den Präzedenzfall für unser folgendes und weit schärferes Eingreifen in Vietnam geschaffen." (3)

Aus der Aussage von Andreas Vachliotis, Rechtsanwalt und Agent des

1) Später: Angeklagter im "Aspida-Prozeß" (gegen 28 Offiziere)
2) Jannis Voultepsis: "Ipothesi Lambraki" (Der Fall Lambrakis), Athen 1966, t.1., S. 16
3) Zitiert in "Neue Wege", Zürich, 61 Jg. H. 5/Mai 1967, Peace Press London, 28. April 1967

griechischen Geheimdienstes KYP, der nach dem Putsch nach USA flüchtete, geht eindeutig die Beteiligung des CIA an dem Putsch in Athen hervor.
Und ein Sprecher des State Department erklärte wenige Tage nach dem Putsch: "Der Putsch kam für uns nicht überraschend!" (1)
Nach all dem wird klar: Der Militärputsch in Griechenland stellt einen Akt des US-Imperialismus und seines Instrumentes, der NATO (2) dar. (3) Was in Griechenland geschah, kann prinzipiell jederzeit in jedem von den USA abhängigen Land geschehen.

D. Perspektiven nach dem Militärputsch

> "Die Polarisierung der antagonistischen Kräfte von Klassengegnern erfolgt bis jetzt viel schneller als die Entwicklung der Widersprüche zwischen Ausbeutern bei der Teilung der Beute. Die Lager sind zwei: die Alternative wird klarer für jedes Individuum und für jede besondere Bevölkerungsschicht."
>
> Ernesto "Che" Guevara (4)

I. Bestandsaufnahme

Das neue Regime in Griechenland ist eindeutig faschistisch.
Eine Militärjunta regiert im Auftrage des Königs.
Das haben bestätigt:

1. Der Ministerpräsident der Junta-Kollias: "Selbstverständlich billigt und unterstützt der König die Regierung, an deren Spitze ich stehe. Der Beweis hierfür ist, daß wir vom König vereidigt wurden und daß er am Mittwoch persönlich an einem Kabinettsrat teilgenommen hat."5)
2. Der König: "Ich bin gewiß, daß mit Gottes Segen und vor allem mit der Hilfe des Volkes, durch Ihre Bemühungen (6) schleunigst ein

---

1) "Georgios Papadopoulos, ein 48jähriger Oberst, ist der unangefochtene Führer der Putschisten." Er "war Artilleriekommandeur und beim Geheimdienst" (H. Ulr. Kempski in "Süddeutsche Zeitung", bundesrepublikanische Tageszeitung-liberal; 24.4.1967, S. 3, Sp. 3)
2) Ein Sprecher der Junta: "Bei uns fehlt die neutralistische Komponente, wir sind uneingeschränkt für die NATO - bitte unterstreichen Sie das - ohne Vorbehalt für die NATO" (ebenda)
3) "Die Vormacht des Atlantikpaktes führt, sei es auch fern im Osten, einen blutigen, endlosen Krieg, um einen Staat zu stützen, der alles andere als ein Muster der Demokratie ist....", "Frankfurter Allgemeine Zeitung", S. 1 v. 8.5.1967.
4) E. "Che" Guevara: "Partisanenkrieg - eine Methode", Facit-Reihe I, 1966, Köln-München, S. 37
5) "Das erste Interview mit Griechenlands neuem Regierungschef", in "Welt am Sonntag" (bundesrepublikanische Sonntagszeitung; rechtsgerichtet bis faschistoid), Hamburg, 30.4.1967, S. 4
6) Hervorhebung d. V.

Zustand der Gerechtigkeit und wahrer und gesunder Demokratie geschaffen werden kann." (1)
In einem Bericht heißt es: "Der griechische König Konstantin hat nach sechstägigem Schweigen der neuen Regierung seines Landes öffentlich seinen Beistand geliehen." (2)

Und in einem anderen Bericht: "In Hellas fügte sich die Krone dem Militärputsch gegen die Demokratie." (3)

Nach diesem Staatsstreich hat der König jedes verfassungsmäßige Anrecht auf den Thron verwirkt und die "unsicherste Sitzgelegenheit Europas" (4) ist noch unsicherer geworden. Die Sprache der Repräsentanten der Militärjunta und die Maßnahmen, die sie ergriffen haben, lassen keinen Zweifel daran, daß sie ein klerikal-faschistisches Regierungssystem anstreben.

Der Ministerpräsident der Junta, Kollias: "In unserem Lande wird es keine Rechte, keine Linke und keine Mitte mehr geben. Es wird nur Griechen geben." (5)

Innenminister (und "starker Mann" der Junta) General Patakos auf die Frage, ob auf dem Wege zur uni-formierten Gesellschaft Blutvergießen vermieden werden kann: "Das wünschen wir auf jeden Fall."
"Wir wünschen es uns und wollen es auch erreichen. Letztlich hängt es aber von der Bereitschaft der Bürger ab, u n s e r e n W ü n s c h e n (6) Folge zu leisten." (7)

"Unser Programm basiert auf der ideologischen Grundlage der griechisch-christlichen Ideale" (8) und "Unser Programm wird vor allem auf christlichen Tugenden aufgebaut sein." (9)
Einige der ersten "M a ß n a h m e n" der Junta: (10)
"Nach dem 21. April wurden nach offiziellen Angaben der Regierung 6509 Personen verhaftet, von denen 6138 noch in Haft sind", (11) "2534 Gefangene sind auf der fast unbewohnten Kykladeninsel Jaros interniert." (12)
Die Festnahmen sind "alle im Zuge des v o n l a n g e r H a n d (13) vorbe-

---

1) zit. in "Konstantin rechtfertigt den Umsturz" in "Süddeutsche Zeitung", München, 28.4.1967, S. 2
2) ebenda
3) "Der Spiegel" (bundesrepublikanische Wochenzeitschrift; liberal) in "Nacht der Loks", Hamburg, Nr. 21, S. 111
4) nach "Weltwoche" (schweizerische Zeitung; konservativ), zit. in "Der Spiegel", Nr. 21, S. 124
5) "Welt Am Sonntag", a.a.O., 23.4.1967, S. 8
6) Hervorhebung d.V.
7) "Spiegel-Gespräch mit dem griechischen Innenminister", in "Der Spiegel", Nr. 21, S. 112-113, S. 112, Sp. 3
8) Ebenda, S. 112, Spalte 2
9) Ebenda, S. 112, " 2
10) Im Rahmen dieser Arbeit ist es unmöglich, detailliert auf die "Maßnahmen" einzugehen.
11) "Der Spiegel", a.a.O., S. 113, Sp. 1
12) "Welt am Sonntag", 30.4., S. 1
13) Hervorhebung d.V.

reiteten "Falken-Planes" erfolgt" (1) Auch ausländische Touristen wurden als "die öffentliche Sicherheit gefährdende Personen" "klassifiziert und verhaftet". (2)

-- Sonst: "Im Telephon knackt es, und noch immer klopft es nachts an vielen Türen. Jeder Bürger kann ohne Begründung und ohne Haftbefehl auf unbestimmte Dauer festgesetzt werden-" (3)

Was droht den Verhafteten und Internierten?

Etwa 200 Gefangene auf der Insel Jaros wurden freigelassen. Sie trafen am 17.5.1967 im Hafen von Piräus ein. "Es handelt sich um Personen, die über 70 Jahre alt sind..." (4) Viele mußten direkt ins Krankenhaus gebracht werden, weil sie "sich bei der Landung(auf der Insel d.V.) an den Felsen verletzt hatten." (5)
Ein weiteres Beispiel: Der 65-jährige Sprecher der Parlaments-Fraktion der EDA, Iliou, darf nicht einmal die Medikamente erhalten, die für ihn als Zuckerkranken lebensnotwendig sind. (6)

-- "Zuvor hatte das Regime die Einsetzung von Militärgerichten in zehn griechischen Städten bekanntgegeben, die künftig alle (7) Straftaten aburteilen sollen." (8)

-- Alle Staatsbeamte wurden entlassen und ins Angestelltenverhältnis übernommen.

-- Alle Kommunalverwaltungen wurden aufgelöst, alle Bürgermeister abgesetzt (einige von diesen - meistens Bürgermeister von kleinen Provinzstädten - wurden danach ins Angestelltenverhältnis übernommen).
Die Militärjunta des Hofes raubte dem griechischen Volk jede Möglichkeit, worin sich Selbstbestimmung äußert, um die Reaktionen seitens der Bevölkerung zu unterdrücken. Sie ließ:
-- die EDA (Vereinigte Demokratische Linke)
-- die Jugendorganisationen aller Parteien
---279 Organisationen und Vereine, meistens Kultur- und Sportvereine unter ihnen den Verband Griechischer Studentenschaften EFEE und die Jugendorganisation Labraki) (9)
als aufgelöst und die weitere Mitgliedschaft an diesen Organisationen als verboten erklären.

-- Außerdem wurden alle Arbeiterorganisationen bzw. Gewerkschaften aufgelöst.

---

1) "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.4.1967, S. 5 (vgl. "Der Spiegel" a.aO., S. 114; "Die Durchführung der Sonderaktion "Ierax" (Geier) zu unterstützen: Die Festnahme von Politikern)
2) vgl. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", a.a.O., S. 5
3) "Der Spiegel", Nr. 21, S. 111, Sp. 3
4) "Neue Zürcher Zeitung", 17.5.67, Bl. 3 (Freilassung v. Gefangenen)
5) nach einer Meldung in der Sendung v. 17.5.1967, 20,15 des Bayerischen Rundfunks (Sendung für griechische Arbeiter in der BRD)
6) vgl. "La Repression en Grece", in "Le Monde" (französische Tageszeitung; liberal), Paris, 12.5.1967, S. 1
7) Hervorhebung d. V.
8) "Süddeutsche Zeitung ", 26.4.1967, S. 5, Sp. 1
9) vgl. "Der Spiegel", Nr. 21, S. 111, Sp. 3

-- Die "Heilige Synode", das höchste Organ der griechisch-orthodoxen Kirche, wurde ebenfalls aufgelöst, der Erzbischof abgesetzt. "Seit Samstag (den 12.5.1967 : d. V.) hat die Orthodoxe Kirche einen neuen Erzbischof ... Ieronymos Kotsonis ... Keine Athener Regierungsstelle war bereit, über die Hintergründe des gewaltsamen Eingriffs des Militärregimes in die kirchliche Ordnung Auskunft zu geben ... Die Wahl des Archimandriten Kotsonis zum Erzbischof war nur möglich, weil das Notstandsgesetz auch die Nominierung außerhalb der Heiligen Synode stehender Kleriker mit entsprechenden Qualifikationen zuläßt ...
Kotsonis genießt als Hofprälat seit 1949 die Gunst des Königshauses." (1) Ein Indiz mehr für das gute Einvernehmen zwischen Hof und Junta.

In der Wirtschaftspolitik verfolgt die Hofjunta eine nunmehr offen arbeiterfeindliche Politik. Sie nimmt die Interessen der griechischen und internationalen Oligarchie war.

Das faschistische Vokabular der Repräsentanten des Militärregimes entlarvt sie eindeutig als Diener der herrschenden Klasse, ihr Vorgehen (in der Wirtschaftspolitik) als Diener des Monopolkapitals. Sie wollen: "Sorge (!) für die Bauern und die Arbeiter", "Schutz des produktiven, aber nicht des unverschämten (!) Kapitals." (2) "Ehrliches (!) Gewinnstreben werde von der Regierung als legitim anerkannt." (3)

"Aus Äußerungen von Importeuren, Exporteuren und des Handels ist zu entnehmen, daß man der Regierung positiv gegenübersteht. Man erwartet, daß die Regierung "durchgreifen wird" und viele Mißstände behebt. Dazu (4) dürfte nach Ansicht dieser Kreise zunächst schon beitragen, daß Streiks verboten sind." (5)

Typisch sowohl für die Funktionen der Militärjunta wie auch für den sozioökonomischen Hintergrund des Staatsstreiches, ist der Abschluß eines Abkommens zwischen der Militärregierung und dem Trust (für Finanzierung und Durchführung von Großobjekten) Litton. Es handelt sich um ein Abkommen, nach dessen Bestimmungen der griechische Staat so eindeutig auf den Stand eines auch formal kolonialen Status (Tabakmonarchie, analog zu den lateinamerikanischen Bananenrepubliken) versetzt wird (6), daß selbst die vom König nach dem 15.7.1967 eingesetzten Regierungen sich geweigert haben, das Abkommen zu ratifizieren. Die Gesellschaft verpflich-

1) "Das griechische Militärregime und die Kirche" in "Neue Zürcher Zeitung", 17.5.1967, Blatt 3, Sp. 1
2) "Die griechische Regierung hebt die Sperrstunde auf", in "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.4.1967, S. 3
3) ebenda, S. 3
4) Unterstreichung d. V.
5) "Kollias für liberale Wirtschaftspolitik" im Wirtschaftsteil der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", 8.5.1967
6) Auf die Bedingungen des Vertrags wird der Verfasser in einer längeren Arbeit ("Bericht über die Situation in Griechenland") eingehen.

tet sich, im Laufe von 12 Jahren 830 Mio Dollar (3,3 Milliarden DM) in (1) Infrastruktur-Projekten zu investieren; dafür erhält sie Privilegien, wie andere US-Trusts in lateinamerikanischen Bananenrepubliken erhalten.

Nach einer anderen Meldung hat der Thyssen-Konzern der Militärjunta bereits einen Kredit in der Höhe von 50 Mio DM zur Verfügung gestellt. 2)

Die internationale Juristenkommission in Genf hat der griechischen Militärregierung die Verletzung der Menschenrechtskonvention vorgeworfen. Die Juristen verlangen, die europäischen Menschenrechtskommission solle die Lage in Griechenland untersuchen.

In ihrer Erklärung nennen die Genfer Juristen acht Gebiete, auf denen die Regierung in Athen gegen die Menschenrechte verstoßen habe: die Macht des Staatsrats sei erheblich beschnitten worden; etwa 50 Parlamentsabgeordnete seien in Haft; noch immer würden zahlreiche hochgestellte Persönlichkeiten verhaftet, und die Zahl der insgesamt Festgenommenen oder ins Exil Geflüchteten betrage "mehrere Tausend"; 146 Gewerkschaften seien ausgeschaltet worden; Kommunal- und Zivilbehörden würden unterdrückt; die Presse werde zensiert und gezwungen, Erklärungen der Regierung zu verbreiten; 300 bis 500 Rechtsanwälte seien in Haft oder würden verfolgt; an allen Gerichten seien personelle Veränderungen vorgenommen worden. (3)

Wie stehen die Aussichten für eine Konsolidierung des Militärregimes?

Der Innenminister kündigte "eine Volksabstimmung über die neue Verfassung an, die von einer von der Regierung berufenen Komission "unabhängiger" Juristen ausgearbeitet werden soll. Da Verfassungsfragen Machtfragen sind, wird diese Kommission mit Sicherheit politische Direktiven der Regierung erhalten." (4)
Die Möglichkeit einer "milden" Diktatur, mit auf ihren Leib zugeschnittener Verfassung darf nicht unterschätzt werden. Die antifaschistischen Kräfte müssen a l l e Möglichkeiten der Entwicklung in ihren Überlegungen und Handlungen einbeziehen. Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß ein kleiner Teil der Zentrumsunion-bürgerlich-Demokraten, deren Interessen mit den Interessen der Großbourgeoisie identisch sind, "aus Sorge" über die wirtschaftliche Entwicklung, die Gorilla-Diktatur unterstützen. (5)

---

1) "Eleftheros Kosmos" ("Die Freie Welt") - griechische Tageszeitung; faschistisch; die einzige griechische Zeitung, die die Militärdiktatur seit 2 Jahren propagiert hat (kann nicht festgestellt werden, ob sie zensiert oder unzensiert erscheint), Athen, 15.5.1967, S. 1
2) vgl. "Verdächtiges Verständnis für Athen", in "Die Andere Zeitung", (bundesrepublikanische Wochenzeitung; linkssozialistisch) Hamburg, 18.5.1967, S. 1
3) Süddeutsche Zeitung
4) Lothar Ruehl: "Finden die Putsch-Obristen wieder zurück in die Legalität?" in "Die Welt" (bundesrepublikanische Tageszeitung; stark rechtsgerichtet), Hamburg 10.5.1967, S. 5
5) vgl. "Le Monde", 29.4.1967, S. 2

Das Beispiel der Dominikanischen Republik, wo die USA die Militärdiktatur durch eine "milde" Diktatur ersetzt haben. sollte uns griechische Antifaschisten eine Warnung sein. "Die Putsch-Obristen in Griechenland manövrieren sich mehr und mehr in eine Zwangslage: Sie möchten zurück in die Legalität, ohne dabei ihre Macht zu verlieren. Sie versprechen eine neue Verfassung, scheuen sich aber vor allgemeinen Wahlen; sie beseitigen Vorrechte für Abgeordnete, unterdrücken jede Opposition und machen sich dadurch überall im Lande neue Feinde." (1) Das heißt: mit ihren "Maßnahmen" stößt die Militärregierung in allen Bevölkerungsschichten auf Ablehnung. Daran werden auch die sozialdemagogischen "Maßnahmen" nichts ändern können, die das Ziel haben, die Agrarbevölkerung an das Regime zu binden. (2) Und "auch die Fortdauer des Belagerungszustandes, der der Regierung die diktatorischen Befugnisse gibt, bleibt für sie problematisch." (3)

Denn: "Das Militärregime, das im eigenen Land keinerlei Kritik laut werden läßt, die Presse wie den Rundfunk auf die offizielle Propagandawelle gleichgeschaltet hat und versucht, die kritischen Stimmen aus dem Ausland nicht über die Grenzen dringen zu lassen, scheint erste Anzeichen von Opposition verspürt zu haben." (4) So wurden bi s zum 16. 5. 1967:

-- 99 Arbeiter, Bauer und Intellektuelle "wegen Verbreitung von Gerüchten gegen den griechischen König und die griechische Regierung und wegen Verteilung von Flugblättern" zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 1 bis 5 Jahren verurteilt. (allein in Loannina, Hauptstadt der Provinz Ipiros, wurden 15 Studenten der dortigen Universität unter der Anklage der "Verbreitung von Gerüchten ... etc." zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt).

Nach zuverlässigen Berichten aus gut informierten Kreisen organisieren sich inzwischen a l l e demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Untergrundbewegung gegen die Gorilla-Diktatur, in der patriotischen Front.

Nach den gleichen Informationsquellen (5) leiteten die Faschisten in Athen und Umgebung umfangreiche Suchaktionen ein, um Theodorakis zu verhaften (zwei Briefe von ihm, Aufrufe an die Weltöffentlichkeit, im Untergrund geschrieben, wurden in italienischen Zeitungen veröffentlicht).
Sie haben ihn verhaftet, nachdem Spezialtruppen, unter der Leitung des früheren OAS-Obersten Godard, ganze Viertel, nach Muster der SS-Truppen, "durchkämmt" haben.

---

1) Lothar Ruehl, a.a.O.
2) Die angekündigte Erhöhung der Pensionen für die Landarbeiter um 60% fällt, für die wirtschaftliche Entwicklung, kaum ins Gewicht und ist für die Kaufkraft der Massen kaum relevant, weil die prozentuale Erhöhung (6/%) nichts über die absolute Höhe des Einkommens aussagt. Die Höhe der Alterspension für die Landarbeiter bis jdzt 100 Drachmen monatl. betrug,d.h. DM 13,3. Von jetzt an beträgt sie 160 Dr., d.h. 20,- DM.
3) Lothar Ruehl, in "Die Welt", a.a.O.
4) ebenda
5) Es handelt sich um griechische, dänische und schwedische Journalisten und um skandinavische Diplomaten

Am 30.4.1967 (Ostersonntag des griechisch-orthodoxen Osterfestes) wurden Tausende von Flugblättern der EDA in Athen verteilt, die alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte zum Widerstand aufriefen. (Es war höchstwahrscheinlich nicht möglich, sich 2-5 Meter unter der Erde auf alten und gebrauchten Vervielfältigungsmaschinen - unter dem Druck der Ereignisse in diesen "primitiven Flugblättern") ("Der Spiegel", Nr. 20 "Griechenland") in intellektuellen Höhenflügen zu ergießen. Von Arbeiterführern verfaßt, die bei ihrer Verhaftung aufgrund des Standsrechts mit der sofortigen Erschießung rechnen müssen - womit nicht alle, die gegen das Regime opponieren, rechnen müssen! - sind diese Flugblätter nicht etwa für diejenigen bestimmt, die sich in die "innere Emigration" und Meditation begeben, sondern für die, die entschlossen sind, die Junta mit allen Mitteln zu bekämpfen. Zum Widerstand im Inland kommt die Kritik vom Ausland als wertvoller Beitrag zum Kampf gegen die Diktatur in Betracht. Denn: "Auch im Ausland wächst die Kritik. Im Europa-Parlament und auch auf dem Internationalen Juristenkongreß in Genf wurde das neue Militärregime Griechenlands in scharfer Form verurteilt."1)

In einem Kommentar hieß es: "Es wird ihnen (den Militärdiktatoren, d. V.) jedoch nicht gelingen, die Welt glauben zu machen, eine fürchterliche Linke, aller Schattierungen, habe Pläne ausgeheckt, die Griechenland nach den Worten der Obersten "zerstört" hätten." (2)

Unter diesen Anzeichen eines verstärkten Widerstands in Griechenland stellt sich die Frage

II. Was tun ?

a) Die historische Erfahrung lehrt uns, daß es unrealistisch ist, die Gefahren, welche aus dem ökonomischen (also politischen) und militärischen Druck resultieren, der den repressiven Zustand von Ländern unter dem Stiefel des Imperialismus und der heimischen reaktionären Großbourgeoisie kennzeichnet, zu unterschätzen oder gar zu ignorieren.

   Genauso undialektisch, und jeder historischen Erfahrung widersprechend, ist es, die Kampfbereitschaft der Massen zu unterschätzen.

Wo die gemeinsamen Interessen aller Unterdrückten in einem Volk (hier: im griechischen Volk) sich durch einen gemeinsamen Kampf, auf der Basis der Volksfront, gegen die Unterdrücker artikulieren, wird der Widerstand auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung in einen bewaffneten Widerstand umschlagen müssen.

Vorerst gilt es, die Forderungen für die augenblickliche Lage zu artikulieren. Sie können für den heutigen Stand der Entwicklung nur sein:

---

1) Lothar Ruel, in "Die Welt", a.a.O.
2) "Das Dilemma um Griechenland", in "Süddeutsche Zeitung", München, 29/30.4./1.5.1967, S. 4

1. STURZ DER MILITÄRJUNTA MIT ALLEN MITTELN

2. BILDUNG EINER REGIERUNG AUS ALLEN PARTEIEN
(der Kommunistischen Partei Griechenlands - die seit 1949 aufgrund des Notstandsrechts verboten ist - eingeschlossen)

WELCHE WAHLEN DURCHFÜHREN SOLL.

b) Von a u ß e n her gilt es, die internationale öffentliche Meinung zu mobilisieren.

Sympathie- und Solidaritäts-Kundgebungen für den Kampf des griechischen Volkes gegen die Militärdiktatur werden die außenpolitische Basis der Junta in Frage stellen.

Im Innern verschärft der permanente Notstand die antagonistischen Konflikte zwischen Unterdrückten und Unterdrückern.
Der Kampf gegen die Gorilla-Diktatur wird der Kampf des gesamten Volkes gegen die Junta und ihrer Herren der griechischen Oligarchie, sein. Ein Kampf, der mit allen Mitteln geführt werden wird.

Bei der Abhängigkeit Griechenlands vom US-Monopolkapitalismus wird der Kampf der griechischen Patrioten im In- und Ausland zugleich ein Teil des weltweiten Kampfes gegen den US-Imperialismus.

In der weltweiten Auseinandersetzung um Profit und effektive Selbstbestimmung, d.h. Unabhängigkeit im weltweiten Kampf der Völker gegen den Jankee-Imperialismus und die von ihm eingesetzten Hofkamarillen und Militärjuntas,

WIRD ES KEINE ALTERNATIVE GEBEN ZWISCHEN BEDINGUNGSLOSER UNTERWERFUNG UND KOMPROMISSLOSEM FREIHEITSKAMPF, ZWISCHEN EINEM LEBEN IN SKLAVEREI UND DEM ENGAGEMENT FÜR DIE BEFREIUNG.

AM ENDE DIESER AUSEINANDERSETZUNG STEHT DER SIEG DES VOLKES.

- - - - - - - - - - -

Die wirtschaftliche Lage 6 Monate nach dem Putsch

Sechs Monate nach dem Putsch in Griechenland kann man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststellen, daß die herrschende Militärjunta die Politik der Kapitalakkumulation, welche für ein ökonomisch unterentwickeltes Land die vordringlichste Aufgabe ist, durch Infrastruktur-Politik vollständig ersetzt hat.

Die Obristen an leitenden Stellen der Ministerien für Koordination und Industrie widmen ihre Aufmerksamkeit den durch den Putsch entstandenen strukturellen Schwierigkeiten und ignorieren (jedenfalls in der Behandlung) die wirklichen Probleme.

Zwei Tendenzen charakterisieren die Wirtschaftspolitik der Junta:

1. Die Bemühungen, ausländisches Kapital zur Investition in Griechenland zu bewegen. Das vom Militär erlassene Notstandsgesetz "AN 39-1967" garantiert den "unbürokratischen" Prozeß des Kapitalimportes, d.h. (nach den Fällen "Litton" und "Esso-Papas" zu urteilen -) Trusts, die das Regime stützen,
   a) die unkontrollierte Verwertung des Kapitals durch die Ausbeutung der inländischen Arbeitskräfte und
   b) die Sicherheit beim Export der Profite.

   Durch die Bemühungen um Kapitalimport versucht das Regime, den durch die stark verminderten Tourismus-Einnahmen und die stark zurückgegangenen Überweisungen der griechischen Arbeiter im Ausland entstandenen Mangel an Devisen zu kompensieren. Das ist der einzige Zweck des Kapitalimports. Denn die Investitionen werden fast ausschließlich in Infrastruktur-Vorhaben vorgenommen, die von den Bedürfnissen des ausländischen Kapitals bestimmt werden (Transportwesen, Tourismus- Litton, Groupement d'Etudes pour la Construction Immobilière en Gréce).

   Die Produktionsgüterimporte haben fast völlig stagniert. Der relative Aufschwung der Börsenkurse zeigt, daß die wenigen Ausnahmen der produktiven Verwendung des Kapitals (Ölverarbeitungsindustrie) identisch sind mit der privilegierten Stellung der monopolkapitalistischen Unternehmen im faschistischen Griechenland. Selbst der konservative amerikanische Ökonom Samuelson hat - in "News Week" - festgestellt, daß die Diktatur auch auf die Restaurierung der unproduktiven Struktur der griechischen Wirtschaft und die Sicherung zusätzlicher Profite für die ausländische und einheimische Monopole zielt.

2. Deutlich wird in letzter Zeit auch die Tendenz zum Übergang zu einer restriktiven Politik in der Lohn-, Einkommens- und Konsum-Politik. Bis jetzt konnte das Regime einige sozialdemagogische Maßnahmen, wie die der Erhöhung der Altersrenten für die Landbevölkerung um 70 %, oder die Schaffung der Lehrmittelfreiheit für Schüler und Studenten, mit Hilfe der Ausgabe von Papiergeld durchführen.
   In den 2 Monaten April - Mai 1967 hat sich das Geldvolumen um 4.435 Mio Drachmen erhöht (in den Monaten April - Mai 1966 waren es nur 731 Mio. Drachmen). Allein an einem einzigen Tag, dem 19.5.

1967, wurde per Verfügung "91-67" des "Ministerrats" beschlossen, Papiergeld in Höhe von 1.100.000.000 Drachmen (ca. 150.000.000 DM) herauszugeben.

Zur gleichen Zeit kündigte der Koordinations-Minister Makarezos die Einführung des "Mechanismus der freien Preisbildung" an, wie er die Ausbeutung der Bauern, die Weizen produzieren, durch die Weizengroßhändler nannte.
Die Inflationstendenzen hat die faschistische Regierung am Anfang durch die Einfuhr von Konsumgütern (!), besonders von Lebensmitteln (!) zu bekämpfen versucht. Als dies nicht gelang, ging das Regime offen zur Restriktionspolitik über. Wie fast alle faschistischen Regime versucht die Regierung in Griechenland, durch Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen den wirtschaftlichen Untergang zu bremsen. Besonders die (Mittelschichten) mittlere und kleine Bourgeoisie, die Staatsbeamte etc. werden unter Druck gesetzt, die Schuldscheine "freiwillig" zu kaufen.

Selbst beim Elektrizitätsverbrauch hat die Regierung Anfang November per Dekret eine Verringerung des Verbrauches um 30 % angeordnet!

Auszüge
aus den Informationsblättern
der "Patriotischen Front"

Athen, Mai 1967 - Nr. 1

Anfang Mai wurde in Athen die "Patriotische Front" gegen die faschistische Diktatur gebildet. Die Front wurde mit der Initiative politischer Organisationen und Persönlichkeiten gebildet, die der Linken, dem Zentrum und der Rechten angehören; damit drückt sie die kämpferischen Intentionen des gesamten griechischen Volkes gegen die Diktatur aus. Die "Patriotische Front", deren Organisationen sich schon in Athen, Piräus, Saloniki und an deren Orten des Landes konstituiert haben und wirken, gibt folgende Resolution an das griechische Volk bekannt:

RESOLUTION

Griechen, Griechinnen,
am 21. April 1967 hat der Faschismus zugeschlagen ... Geführt und gestützt von der CIA, dem Hof und den reaktionären politischen und wirtschaftlichen Faktoren des Landes haben intrigierende Offiziere und Juristen, die ihren Eid auf die Verfassung brachen, die Armee dazu benutzt, das griechische Volk zu versklaven. Sie haben eine Terrorwelle eingeleitet und Gewaltakte ohnegleichen verübt. Sie haben Tausende verhaftet, sie bauten von neuem Konzentrationslager; sie haben Standgerichte eingesetzt und drohen mit der Ermordnung der politischen Häftlinge, unter ihnen fast alle führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens ...

Im Inland erweitert die faschistische Diktatur die Basis, auf welcher die ausländischen Monopolunternehmen in Zusammenarbeit mit der griechischen Oligarchie das ökonomische Potential des Landes ausbeuten und die ökonomische Entwicklung verhindern. Konkret gibt die Diktatur ihnen die Möglichkeit, mit Hilfe staatlicher Gewalt die Tageslöhne und Löhne niedrig zu halten, die Bauern auszubeuten, jede gewerkschaftliche Bewegung unter den Arbeitenden zu unterdrücken, die Mittelschichten wirtschaftlich zu vernichten und im allgemeinen die koloniale Ausbeutung des griechischen Volkes zu sichern. ....

Was die Versprechungen von einer Verfassung anbetrifft: sie stellen ein Mittel dar, der Empörung der griechischen und internationalen öffentlichen Meinung entgegenzutreten; diese Verfassung wird leicht als die faschistische Parodie eines Parlamentarismus entlarvt werden können....

Die Patriotische Front wird für ein unabhängiges, friedliebendes Griechenland kämpfen, welches freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern unterhält und keiner fremden Macht erlaubt, die Politik des Landes zu bestimmen. ....

Athen, Mai 1967
DER NATIONALRAT DER PATRIOTISCHEN FRONT

AM SONNTAG, DEN 28.5., DEMONSTRIERT GEGEN DIE DIKTATUR.
BLEIBT ZU HAUSE.

- - - - - - - - - - -

.....
Die Militärdiktatoren bleiben bei ihrer Behauptung des "unblutigen" Militärputsches. - Die gleichen sprechen in Privatgesprächen von mindestens 50 Toten. Wieviele wurden wirklich erschossen? Wieviele wurden auf der Straße ermordet? Warum wurden nicht alle Verhaftungen bekanntgegeben? Wie hoch ist ihre Gesamtzahl? .....

Die Berufungskompetenzen der Hochschulsenate wurden übergangen und per Regierungsdekrete wurden die reaktionärsten Professoren berufen. Die Diktatoren haben an der Griechischen Akademie einen Lehrstuhl für Militärwissenschaften eingerichtet. Ein Index verbotener Literatur (34 maschinengeschriebene Seifen mit 700 Titeln) wurde aufgestellt. Unter den verbotenen Werken befinden sich Meisterwerke der griechischen und fremdsprachigen Literatur, wissenschaftliche Werke, sogar Werke der Antike. Die Wiedergabe der Musik von Theodorakis wurde verboten. Tragödien von Sophokles, Euripides, Aischilos und - vor allem! - alle Komödien des Aristophanes wurden vom Repertoire des Nationaltheaters und anderer Bühnen abgesetzt. .....

1. 9.1946	Durch eine Volksabstimmung wird die Monarchie restauriert. Bei ca. 2.900.000 - 3.100.000 Wahlberechtigten stimmen 1.200.000 Wähler für den Fortbestand der Monarchie; 200.000 Wähler stimmen für die Einführung der Republik. Mehr als 1.500.000 Wähler enthalten sich der Stimme. die Nationale Befreiungsfront hatte die Parole ausgegeben, den Wahlen fernzubleiben, weil freie Wahlen nicht garantiert werden konnten.
1. 4.1947	König Georg II. stirbt, sein Bruder Paul I. folgt ihm auf den Thron.
1949	werden die englischen "Berater" der "Griechischen Nationalen Armee" durch amerikanische ersetzt und gleichzeitig die Militärhilfe intensiviert.
Juni 1950	Der Bürgerkrieg (Armee der Nationalen Befreiungsfront gegen Griechische Nationale Armee) ist beendet.
28.10.1951	Der liberale General Plastiras bildet eine Koalition der bürgerlich-demokratischen Parteien. Der konservative General Papagos geht in die Opposition.
16.11.1952	Nach vorangehenden Wahlen bildet Papagos die neue Regierung.
5.10.1955	Papagos stirbt. Karamanlis Nachfolger.
29.10.1961	Die ERE-Partei unter Karamanlis verliert (trotz Wahlfälschungen) zum ersten Mal die absolute Mehrheit.
11. 6.1963	Karamanlis stürzt.
3.11.1963	Papandreous Zentrumsunion bildet die neue Regierung
24.12.1963	Papandreous Rücktritt.
19. 2.1964	Neuwahlen. Papandreou gewinnt die absolute Mehrheit (53,0 %).
6. 3.1964	König Paul I. stirbt. Sein Sohn Konstantin II. folgt ihm auf den Thron.
15. 7.1965	König Konstantin entläßt Ministerpräsident Papandreou. Dieser verlangte den Rücktritt des Verteidigungsministers Garoufalias, der sich geweigert hatte, politisierende Offiziere aus der Armee zu entfernen. Der König deckte den Verteidigungsminister. Papandreou bietet seinen Rücktritt an. Eine Stunde und 15 Minuten später wird der neue Ministerpräsident vereidigt.
17. 7.1965	In Athen schwere, blutige Zwischenfälle. Polizeiliches Vorgehen gegen Demonstranten.
5. 8.1965	Das Parlament verweigert Ministerpräsident Athanasiadis-Novas das Vertrauen.

9. 8.1965 Zentrumsführer Papandreou schlägt dem König vor, entweder Neuwahlen auszuschreiben oder ihn wieder mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Konstantin aber beauftragt den Zentrumspolitiker Stefan Stefanopoulos, eine Regierung zu bilden. Stafanopoulos scheitert.

16. 8.1965 Die Politiker Stefanopoulos und Tsirimokos treten aus der Zentrumsunion aus.

29. 8.1965 Auch Tsirimokos gelingt es nicht, eine Regierung zu bilden.

9. 9.1965 Die Versuche des ERE-Vorsitzenden Kanellopoulos zur Regierungsbildung scheitern ebenfalls.

17. 9.1965 Stefanopoulos wird zum zweiten Mal mit der Regierungsbildung beauftragt.

25. 9.1965 Stefanopoulos erhält mit 152 gegen 148 Stimmen das Vertrauen. Die ERE stimmt für ihn.

9.12.1965 Stefanopoulos bildet mit 45 aus der Zentrumsunion ausgetretenen Abgeordneten das Liberaldemokratische Zentrum.

14.11.1966 Der Aspida-Prozeß beginnt. 28 griechische Offiziere werden beschuldigt, eine Geheimorganisation zum Sturz der Monarchie gebildet zu haben.

21.12.1966 Stefanopoulos tritt zurück. Er war im Parlament bisher von den 45 Abgeordneten seiner Partei und von den Abgeordneten der ERE unterstützt worden. Der Führer der ERE, Kanellopoulos, entzieht ihm jetzt seine Unterstützung und schlägt Neuwahlen vor.

22.12.1966 Der Gouverneur der griechischen Nationalbank, Paraskevopoulos, bildet eine Übergangsregierung.

17. 3.1967 Im Aspida-Prozeß werden die Urteile gefällt. 15 Offiziere erhalten wegen Hochverrats hohe Gefängnisstrafen. Die Verteidiger legen Berufung ein.

30. 3.1967 Paraskevopoulos tritt zurück, nachdem im Parlament keine Einigung erzielt wird, wie die Immunität der Abgeordneten zwischen dem Ende der Legislaturperiode und den Neuwahlen gewahrt werden soll. Es geht um Papandrous Sohn Andreas, der in die Aspide-Affäre verwickelt sein soll.

3. 4.1967 Kanellopoulos wird zum Ministerpräsidenten ernannt.

14. 4.1967 Kanellopoulos verzichtet darauf, im Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Er löst das Parlament auf und schreibt Neuwahlen für den 28.5. aus.

21. 4.1967 Militärdiktatur

Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 22./23.4.1967, S. 3

in Vorbereitung

Elias Dogas

“Über die Strategie der Partisanenarmee ELAS der Nationalen Befreiungsfront EAM in Griechenland während des II. Weltkriegs“ (Arbeitstitel)

Erscheinungstermin ca Januar 68,
ca 80 Seiten sowie 12 vierfarbige Lagepläne
ca DM 5,-

Informationswünsche und Bestellungen an den Verlag

CICERO PRESSE Hamburg 6 Fettstr. 5-7

Absender:

Elias Dogas

2 Hamburg 13

Von-Melle-Park 17

BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich . . . . Exemplare

Dogas, »Über die Situation in Griechenland«

zu DM 1,20 (Unkostenbeitrag und Porto)

Den Betrag habe ich überwiesen.

E. Dogas, Dresdner Bank in Hamburg 64 7613

Datum . . . . .